Privilegirte Schlesische Zeitung.

№ 207. Breslau, Sonnabend den 5. September. 1846.

Verleger: Wilhelm Gottlieb Korn. Redacteur: R. Hilscher.

Uebersicht der Nachrichten.

Inland.

† Berlin, 2. September. — Die Anstrengungen, welche einige hiesige Börsenspekulanten machen, um sich von ihren Verbindlichkeiten gegen mehrere im Bau begriffene Eisenbahnen zu befreien, werden trotz aller Manöver fruchtlos bleiben, denn zunächst finden sie hier am Orte nur geringe Unterstützung und beruhen auf solchen Häuptern, die gerade nicht in Börsenangelegenheiten als Autoritäten gelten; sodann aber sieht auch jeder besonnene Mann ein, daß durch die aufgestellten Forderungen, die Sistirung mehrerer in Bau befindlichen Eisenbahnen, im Interesse des allgemeinen Wohls nichts gewonnen, wohl aber viel verloren werde. Wenn nun aber das öffentliche Interesse dringend verlangt, daß auf der einmal beschrittenen Bahn kein Stillstand eintrete, zugleich aber thatsächlich festgestellt werden dürfte, daß die Kraft der Einzelnen dazu nicht mehr ausreiche, so wird kein anderer Ausweg offen bleiben, als daß das Allgemeine, der Staat, mit seiner Hülfe hinzutritt. Zu diesem Zwecke ist bekanntlich schon die neue Organisation der preußischen Bank bestimmt; über den Erfolg dieser Operation haben wir in nächster Zeit das Nähere zu gewärtigen. Daß aber die Eisenbahnbaue in unserem Staate durch die neue Bank keine directe Erleichterung finden werden, bedarf nach Ansicht ihrer Statuten keiner weiteren Erörterung. Das Bedürfniß von Staatswegen für die Ausführung der im Bau begriffenen und gesicherten Eisenbahnen Unterstützung und Sicherheit zu gewähren, wird also je länger um so dringender werden; es sind aber wohl auch noch andere Verhältnisse, welche die Finanzkräfte des Staats dermaßen in Anspruch nehmen, daß eine momentane Verstärkung derselben als eine fast unabweisbare betrachtet wird; wenigstens deuten darauf hin die beharrlichen und immer wiederkehrenden Gerüchte von dieser oder jener Finanz-Spekulation, die im Werke sein oder schon definitiv erledigt sein soll. — In dem Ressort des Finanz-Ministeriums ist durch den Wechsel seines Chefs keine Veränderung bewirkt worden, indem, wie glaubwürdig versichert wird, gerade die freilich schon seit dem Jahre 1817 im Wesentlichen bestehende Trennung der verschiedenen Zweige unserer Finanzverwaltung die Veranlassung zu dem Ausscheiden des Hrn. Flottwell gab, da diesem Staatsmanne während seiner Finanzverwaltung die Nothwendigkeit einer größern Einheit in diesem Verwaltungszweige dringend erschienen sei. — Wie günstig auch das Publikum über den zum Finanzminister ernannten Herrn v. Düesberg als Juristen urtheilt, so muß doch zugestanden werden, daß unserm Handelsstande und Geschäftsleuten unter den früher genannten Kandidaten zur Leitung des Finanz-Ministeriums der gegenwärtige General-Steuer-Direktor Herr Kühne der erwünschteste Finanzminister gewesen sein würde, so wie als dessen Nachfolger in der Leitung der Steuer-Partie der Geh. Ober-Finanzrath Pochhammer, der als preußischer Bevollmächtigter auf den letzten General-Konferenzen des Zollvereins fungirte und durch seinen beharrlichen Widerstand gegen das Verlangen höherer Schutzzölle allerdings nicht den Beifall der Schutzzöllner sich erwarb. — Nachdem kaum das Finanzministerium neu besetzt ist, wie dies auch erst vor Kurzem mit dem Ministerium des Innern der Fall war, tauchen schon wieder Gerüchte auf hinsichtlich der Veränderung im Kriegs- und Justizministerium; an solche Gerüchte wird aber um so leichter geglaubt, als sie nicht selten, wie vorangegangene Beispiele bestätigen, durch die später folgenden Thatsachen verwirklicht wurden. Man muß deshalb schon den Leuten, welche es lieben ihren billigen Spott über die Meldung solcher Gerüchte zu ergießen, dieses Vergnügen lassen, und sich an die gegebenen Beispiele halten und von der Zukunft die Widerlegung oder Erfüllung der cursirenden Gerüchte erwarten. Daß wir des mannigfachen und schnellen Wechsels in den Ministerposten ungeachtet uns doch nicht in einer sogenannten Ministerialkrisis befinden, darüber brauchen wir uns gerade nicht von einigen reaktionären Blättern belehren zu lassen; denn um dieß zu begreifen, genügt die einfache Reflexion, daß bei uns kein Minister seinen Posten aufgiebt, weil er im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung oder etwa mit den Wünschen und Forderungen der Provinzialstände steht.

△ Berlin, 3. September. — Dr. Curanda ist nach Leipzig abgereist. Derselbe hat es zu erlangen gewußt, sich in Berlin, so lange es ihm beliebt, nun aufhalten zu können. Curanda will den nächsten Winter unter uns verleben und von hier aus seine in Leipzig erscheinende Zeitschrift: „die Grenzboten", redigiren. — Die Adresse, welche auch von Berlin an die Schleswig-Holsteiner abgesendet werden wird, soll bereits von vielen hundert Personen, unter denen sich auch namhafte Männer befinden, unterzeichnet sein. — Unter den Beweisen der innigen Anhänglichkeit der Schleswig-Holsteiner an das gemeinsame deutsche Vaterland, führen wir folgendes von einem bejahrten Greise aus Schleswig-Holstein an. Derselbe hat nämlich ein sehr seltenes und schätzbares Werk von 4 Bänden an den Herausgeber des deutschen National-Werkes: „Germaniens Völkerstimmen", nebst einem Schreiben gesandt, worin er sagt: er stehe am Rande des Grabes, das beikommende Werk sei ihm lieb und theuer, er wünsche es deshalb in dem alten großen deutschen Mutterlande zu wissen, zu welchem Zwecke er dasselbe in die Hände des Herausgeber des kerndeutschen Werkes: „Germaniens Völkerstimmen", niederlege, da er glaube, daß dasselbe ihm bei seinen vaterländisch-deutschen Bestrebungen gute Dienste leisten werde. — Das durch die deutschen Blätter bekannt gewordene Lied: „Deutschland's Antwort an Dänemark," ist gegenwärtig hier als Schleswig-Holsteinsches Volkslied mit einer sehr volksthümlichen Melodie für Männergesangvereine und auch einstimmig erschienen. — Seit einiger Zeit bemerkt man in unsern Zeitungen unter den vortheilhaften Heiraths-Anerbietungen auch Personen jüdischen Glaubens, die sich bisher von einer solchen Speculation fern gehalten haben. Es muß denselben nun auch schwerer denn je fallen, unter die Haube zu kommen.

** Berlin, 2. Sept. — Von dem amtlichen Bericht über die allgemeine Gewerbeausstellung, welche vor zwei Jahren hier abgehalten wurde, ist jetzt wieder ein Heft, aber noch nicht das letzte, erschienen; es enthält die Fortsetzung der Metall-Arbeiten und endet mit einer Besprechung der Erzeugnisse des Maschinenbaues. So gründlich und belehrend dieser Bericht, hauptsächlich in der Abtheilung über Metallarbeiten und damit Verwandtes auch ist, wird doch anerkannt werden müssen, daß er längst dem Publikum vollständig hätte zu Händen sein müssen, wie es auch die ursprüngliche Ankündigung desselben besagte. In unserm „Gewerbe-Industrie- und Handelsblatt", das gegenwärtig von dem als trefflichen Techniker auch wohl in Breslau bekannten Artillerie-Hauptmann Hrn. Hoffmann redigirt wird, macht ein Saalfelder Fabrikant, Namens Bohn, bekannt, daß ihm die Lösung der Aufgabe gelungen sei, „mit nur geringem Kostenaufwand für die Hand-Flachsspinnerei in Städten, Dörfern, Armen- und Strafanstalten die Möglichkeit herzustellen, bei weniger Kraftaufwand in derselben Zeit mindestens das doppelte Quantum Garn und von besserer Qualität als seither zu liefern; so daß dieser Erwerb durch die Concurrenz nicht vernichtet, vielmehr die enorme auf die Flachsspinnmaschinen verwendeten Summen erspart werden können." Der genannte Fabrikant will im Besitz eines Mittels zur Hebung dieser Aufgabe sein und hofft mit Unterstützung der deutschen Staatsregierungen durch dasselbe, dem weiteren Umsichgreifen des Pauperismus einen kräftigen Damm entgegen zu setzen, zu welchem Ende derselbe entsprechende Anträge bei den hohen Regierungen des deutschen Vaterlandes ohne Verzug stellen wird. Man ersieht aus dieser Anzeige wenigstens, wie überall die gemeinsame Noth des Vaterlandes zu Erfindungen und Vorschlägen, um dem Uebel abzuhelfen, antreibt, wenn gleich auch im vorliegenden Falle, wie die Redaction des Berliner Gewerbe-Blattes richtig bemerkt, die Ursache der verbreiteten Nothzustände mit Unrecht in dem Maschinenwesen gesucht wird. Von welcher Art die erwähnte Entdeckung aber sein mag, verdiente wenigstens zur öffentlichen Kenntniß gebracht zu werden, auch wenn den Vorschlägen des Erfinders von Seiten deutscher Regierungen nicht sollte nachgegeben werden können, da sich oft aus einem unvollkommenen Entwurfe durch gemeinschaftliche Thätigkeit das Bessere schon entwickelt hat. — Die für den ersten October d. J. projectirte neue Berliner oder Deutsche Zeitung scheint noch nicht alle Schwierigkeiten der Vorbereitung überwunden zu haben; wenigstens macht sich hinsichtlich ihrer die Ansicht geltend, daß sie erst zu Neujahr ins Leben treten werde. Von den dabei betheiligten Männern der Wissenschaft und des Buchhandels, deren Namen früher schon öffentlich aufgeführt wurden, soll nichts mehr bedauert werden, als das schon zum festen Glauben gewordene Vorurtheil, daß die neue Zeitung als ein Regierungsorgan im prägnanten Sinne zu betrachten sei; denn in gewisser Beziehung müssen doch alle innerhalb des Staates erscheinenden öffentlichen Blätter mehr oder weniger als Regierungsorgane gelten, schon in so fern, als sie alle unter Censur stehen, und dann auch noch der Regierung dienen, die öffentliche Meinung zu erfahren. Jene Männer nun, die, mit Ausschluß der Buchhändler, in Staatsdiensten stehen, möchten das von ihnen oder unter ihrer Aufsicht redigirte Blatt vom Publikum so angesehen wissen, als ob dasselbe sich einer vollständigen Unabhängigkeit von jedem directen Einflusse erfreute. Wir finden diesen Wunsch sehr begreiflich, weil vermuthlich von seiner Erfüllung die wirksame Existenz des Blattes abhängt; denn darauf kann es nicht ankommen, daß ein Blatt nur existirt, man die Kosten dafür aufbringt und es keine Leser findet; aber wenn das Publikum auch an keinen directen Einfluß und keine unmittelbare Abhängigkeit glauben wollte, wie wird man den Schein des indirecten Einflusses, und die mittelbare Abhängigkeit vermeiden? Uebrigens soll, wie es heißt, das ursprüngliche und stellenweise unverständliche Programm zu der neuen Zeitung jetzt umgearbeitet werden.

(Spen. Z.) Die k. Hauptbank hat seit dem 1. dies. Mon. den Discontsatz um ein halb Procent, also von 5 auf 4½ pCt. herabgesetzt.

(H. N. Z.) Bei der in diesem Jahre stattfindenden Inspection der Bundestruppen wird der preußische General von Wrangel, der das pommersche Armeecorps commandirt und ein Offizier von anerkannter Tüchtigkeit ist, nach Holstein gehen, um das dortige Bundescontingent zu mustern. Die Lage der dortigen Verhältnisse erklärt es, daß diese Inspection ganz vorzüglich die Aufmerksamkeit und das Interesse schon im Voraus beschäftigt, zumal da man sich von einer Erklärung des genannten Generals erzählt, er werde nur dann über das Dasein eines holsteinischen Bundescontingents berichten, wenn er dort wirklich deutsche Truppen und deutsches Commando fände.

Thorn, 27. Aug. (Königsb. Z.) Die Lust, die Heimath zu verlassen, um in einer fernen Gegend sein Glück, seine Freiheit oder ein sorgenfreieres Leben zu finden, hat auch hier einige Gemüther ergriffen. Wie man aber hört, sind es nur wenige Familien; ihre Zahl

wurde auf 13 angegeben, die der alt-lutherischen Kirchenpartei angehören und nach Neu-Holland auswandern wollen. — Die vielgefürchtete Kartoffelkrankheit hat sich auch hier an verschiedenen Orten, besonders in der Niederung gezeigt.

Erfurt, 29. August. (Magd. Z.) Die im März dieses Jahres gewählten Stadtverordneten Herren Buchhändler v. Berlepsch und Kaufmann Krackrügge sind in Gemäßheit einer Entscheidung des Ministers des Innern, vom 6ten d. M., gestern in die Stadtverordneten-Versammlung eingeführt worden.

Elberfeld, 31. August. (Elb. Ztg.) Gestern trat Pfarrer Engelmann von der römischen Kirche zum Deutsch-Katholicismus über, und wurde von der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde zu ihrem Pfarrer gewählt.

Köln, 29. August. (Voss. Z.) Die heutige in der Kölner Zeitung enthaltene Proclamation des königl. Oberprocurators hat in der Bürgerschaft eine eigene Bewegung hervorgebracht. Ohne daß vorher irgend eine Bekanntmachung ergangen war, strömten die Bürger zum Rathhause, wo gegen Mittag der Drang so stark war, daß der Platz, der große Rathssaal kaum die Menge faßte. Die Bürger ersuchten Hrn. Raveaux für sie das Wort zu nehmen, als der Hr. Bürgermeister erschien und nach ihrer Beschwerde fragte. Der Genannte that dieses in kurzen und bündigen Worten, erklärte: daß die Bürger nach der Papierbeschlagnahme, wie nach der heutigen Proclamation ihre vorgesetzte Behörde, Stadtrath und Bürgermeister, auf das inständigste bäten, auf offizielle Weise gegen diese Maßregeln zu protestiren und die Ehre wie das gute Recht der Bürgerschaft dadurch zu wahren. Der Bürgermeister verhieß in seiner Antwort: das äußerste zu versuchen und erbat sich die Beschwerde der Bürger in schriftlicher Abfassung, um sie dem Stadtrathe vorzutragen. Gleich wurde hierauf diese Beschwerde abgefaßt und deren Beilagen mit den Namen der Bürgerschaft bedeckt, welche fortwährend nach dem Stadthause strömte.

Bonn, 28. August. (Voss. Z.) Einige norddeutsche Zeitungen haben in Abrede gestellt, daß die Regierung je die Verwandlung der auf der Insel Nonnenwerth liegenden Gebäude in ein Nonnenkloster zugeben würde. Wir müssen gestehen, daß diese Bedenken uns ziemlich seltsam vorkommen, da die Insel schon seit Monaten für alle Welt geschlossen und mit frommen Nonnen bevölkert ist, welche ihrer Ordensregel gemäß leben, daß also auf derselben ein Kloster förmlich besteht.

Vom Rhein, 30. August. (Aach. Z.) Durch die Bekanntmachung des General-Prokurators erfährt man jetzt offiziell, auf welchen Grund die Behörde in Köln gegen das Bürger-Comité, welches Materialien in Betreff des letzten Tumultes sammelte, eingeschritten ist und dessen Papiere mit Beschlag belegt hat. Der General-Prokurator stützt, wie dies auch schon früher angedeutet worden, sein Verfahren auf den §. 258 des Strafrechtes, gegen die unberufene Einmischung in Militair- oder bürgerliche Amtsverrichtungen. Betrachten wir denselben näher. Er lautet: „Wer sich ohne Befugniß in öffentlichen Civil- oder Militair-Amtsverrichtungen einmischt, oder die in einer dieser Verrichtungen einschlagenden Handlungen vornimmt, wird mit Gefängniß von zwei bis fünf Jahren bestraft, unbeschadet der Strafe der Fälschung, wenn die Handlung den Charakter dieses Verbrechens an sich trägt.“ Der Geist dieses Artikels ist sehr klar. Straffällig ist, wer einen öffentlichen Charakter annimmt, eine öffentliche Amtsverrichtung sich anmaßt und durch den Schein der Amtlichkeit Andere zu täuschen sucht. Es kann hier nicht davon die Rede sein, daß Jemand laut erklärt, ich bin kein Beamter, will aber doch den Beamten spielen, weil das Gesetz eben an einen solchen Fall gar nicht gedacht haben kann, überzeugt, daß eine solche Thorheit keine Folgen haben könnte. Er konnte nur die Anmaßung strafen, insofern sie auf einer Täuschung beruht, weil sie allein für das Gemeinwohl oder für einzelne Getäuschte schädlich sein, und weil die Täuschung nur einen betrügerischen Nutzen zum Zwecke haben konnte. In diesem Sinne erklärt sich auch die schwere, auf das Verbrechen gesetzte Strafe. In dem gegebenen Falle ist aber einmal von gar keiner Täuschung die Rede, da das Comité sich für nichts weiter ausgegeben hat, als es wirklich ist und seiner Anforderung nur Folge geleistet werden konnte, weil die Bürger es gern thaten. Und dann hat es auch keineswegs in das Ressort des Gerichts hinüberspielen wollen, da es durch seine Untersuchung nicht auf das Gericht hat einwirken, sondern die Materialien nur dazu hat benutzen wollen, eine Darstellung der Ereignisse in einer Immediateingabe an Se. Majestät, den Gesetzgeber selbst, zu richten. Es scheint daher nicht gerechtfertigt, den Art. 258 in diesem Falle anzuziehen.

Deutschland.

Leizig, 2. September. — Nachdem die drohende Gefahr vorgestern gegen Erwarten nochmals wiederkehrte, indem am Ursprunge des Feuers aufs neue sich ein dicker schwarzer Qualm in wildem Gedränge emporwirbelte und man bald entdeckte, daß eine mit Terpentin, Kolophonium, Pech, Vitriol und ähnlichen Stoffen gefüllte Niederlage brenne, wurde sie gegen Abend glücklich so weit überwunden, daß ein Weiterzünden des brennenden Kellers nicht zu fürchten war. Selbst heute dampft die darin eingeschlossene Glut noch furchtbar empor; allein mitten zwischen den ausgebrannten Ruinen und überwacht von allen Seiten ist dieselbe nicht mehr gefährlich. Die Opfer der Feuersbrunst sind bis auf acht Todte gestiegen, abgesehen davon, daß man noch mehrere Vermißte unterm Schutte, einen Kellner im wahrscheinlich unversehrten Weinkeller zu finden glaubt.*) — Die Feier des Konstitutionsfestes ist in Folge dieser Ereignisse auf den feierlichen Gottesdienst und die Speisung der Armen beschränkt worden, so daß Festessen und Bälle gänzlich wegfallen. — Heut Morgen wurden sieben der Gefallenen feierlich beerdigt und zwar mit einem Zuge, wie seit dem 15. August v. J., als die am 12. Erschossenen beerdigt wurden, keiner mehr gesehen wurde. Die gesammte Kommunalgarde, die Studenten mit einem Theil der Professoren, der Stadtrath und die Stadtverordneten, die Innungen und Körperschaften, die Turner-, Schützen-, Lösch- und Rettungscompagnien bildeten ein imposantes Leichengefolge für die 7 Särge. Der Zug bewegte sich von dem an der Abendseite der Stadt gelegenen Spitale durch einen großen Theil der Stadt, den Brühl, die Reichs- und Grimmaische Straße, den Königsplatz, die Dresdner Straße nach dem jenseits gelegenen Gottesacker. Dort angelangt wechselten feierliche Reden und Gesang ab, bis der Superintendent Dr. Großmann das Schlußgebet sprach. Die Leichen stehen einstweilen zusammen im Rathsgewölbe, d. h. einer dem Rathe gehörigen und ehemals zum Begräbniß seiner Glieder bestimmten Gruft; in nächster Woche soll der neue Gottesacker eingeweiht werden, welchen das Bedürfniß herzustellen gebot, da der alte mitten in der stets wachsenden Stadt liegt, und dann wird eine gemeinschaftliche Gruft alle umfangen und ein einfaches Denkmal an die Art ihres Opfertodes erinnern.

Frankfurt a. M., 30. Aug. (Voss. Z.) In der gestrigen außerordentlichen Versammlung der Deutsch-Katholiken wurde das zwischen ihrem Pfarrer Kerbler und der Gemeinde entstandene Zerwürfniß nicht ausgeglichen, sondern das von Hrn. Kerbler vor seiner neulichen plötzlichen Entfernung eingereichte Entlassungsgesuch nach lebhaften Debatten angenommen.

Aus Norddeutschland, 27. August. (N. K.) Die Intention des Königs von Dänemark soll gegenwärtig dahin gehen, noch bei seinen Lebzeiten von den Mächten eine Gutheißung u. vertragsmäßige Sanktion der dänischen Ansichten und Forderungen zu erhalten. Sollte kein entsprechendes Resultat auf diesem Wege erzielt werden, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß eine Art diplomatische Konferenz zur versöhnlichen Feststellung der streitigen Punkte arrangirt wird; wenigstens heißt es, daß Dänemark sich geneigt zeige, auf einen solchen Vorschag einzugehen.

Nach einer norddeutschen Zeitung hat sich die dänische Regierung mit dem Rheder des großen Dampfschiffes „Kopenhagen“ in Unterhandlung gesetzt, um auf diesem Schiffe dänische Truppen von Seeland nach den Herzogthümern überzusetzen.

Holstein. Der „Alt. Merkur“ bringt nunmehr amtlich die Bestätigung der Nachricht von der Entlassung des Kammerherrn und Landraths Grafen von Brockdorff aus seinem Dienste als Amtmann des Amtes Neumünster; übrigens mit Pension. (S. „Letzte Nachrichten.“) Eben so meldet das genannte Blatt amtlich, daß unterm 18. August der Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Gouverneur der Landschaften Süder und Norder-Dithmarschen in Gnaden entlassen worden sei.

Oesterreich.

Wien, 29. August. (D. A. Z.) Man vernimmt, daß der Graf von Sedlnitzky durch ein besonderes Handbillet des Kaisers zum Chef des Censurcollegiums ernannt worden.

Dänemark.

Kopenhagen, 26. August. — „Faedrelandet“ findet es verkehrt, daß die Regierung den offenen Brief auf gelehrte Untersuchungen und zweifelhafte Auslegungen alter Dokumente gestützt habe statt sich einfach auf der neuen Grundlage des europäischen Staatsrechts, auf dem Wiener Frieden und der Bundesacte, zu stützen. Der bekannte Artikel von Samwer im „Alt. Mercur“ beweise dies. Ob die Regierung sich nun in eine gelehrte Polemik einlassen wolle? Holstein sei Deutschland und Schleswig sei Dänemark, so sei einfach die Sache nach den Staatsacten von 1815.

Kopenhagen, 29. August. — In der Roeskilder Stände-Versammlung kam in der 32sten Sitzung der Antrag des Professor David und Anderer „auf Aufhebung der Sklaverei in den dänisch-westindischen Besitzungen binnen gewisser kurzer Zeit“ zur Vorberathung. Das Gutachten der Kommission, welches von mehreren Seiten hart angegriffen wurde, geht dahin, „1) daß Se. Majestät sobald als möglich einen auf genaue Untersuchungen begründeten Gesetzentwurf zur vollständigen Emancipation der Sklaven auf den dänisch-westindischen Besitzungen vorlegen lassen wolle; 2) daß Se. Majestät eine Summe von 2 Mill. Rbthlr. als einen besonderen, vorzugsweise zur Ausführung der Emancipation anzuwendenden Fonds hinlegen lassen wolle, und 3) daß hierzu namentlich die westindischen Aktiva angewendet werden möchten.“ Der königliche Kommissar erklärte sich dagegen.

Frankreich.

Paris, 29. August. — Henry wurde gestern von seinem Vertheidiger, Hrn. Baroche, besucht. Er drückte den Wunsch aus, eine Bitte an den König zu richten, die Strafe in Verbannung umzuwandeln. Seit seiner Verurtheilung hat er auf die förmlichste Art erklärt, daß die Pistolen nur mit Pulver (und nicht mit Bleistücken) geladen gewesen, und als man Zweifel in seine Aussagen setzte, fügte er hinzu, er wäre bereit, dies zu beweisen. Er bezeichnete alsdann den Platz, wo er ein Schreiben verborgen hätte, das einen Auszug der Anordnungen enthalte, die er gemacht, damit sein Attentat als ein ernstliches angesehen werde.

Die Pariser Freihandelsgesellschaft hielt am 28sten in dem Montesquieu-Saale ihre constituirende Versammlung. Der Herzog d'Harcourt, Pair von Frankreich, führte als Präsident der Gesellschaft den Vorsitz. Sieben- bis achthundert Personen waren anwesend; und unter den Personen zunächst dem Präsidentenstuhl bemerkte man die Herren Anisson-Duperron, Horace Say, F. Bastiat, Renouard, Sallandrouze de la Monnaie, Collignon, Cabrol, Ortolan, Michel Chevalier u. s. w. Die Kammer, die Presse und der Handelsstand des Landes waren in dieser Versammlung repräsentirt. Der Präsident legte die Vortheile dar, welche durch die Abschaffung hoher Schutzzölle und die Annahme liberaler Freihandelsmaßnahmen würden erlangt werden können. Er sagte unter Anderem: „Unsere Plane sind einfach und natürlich; die aufrichtigen Freunde des Landes können nicht anders thun, als sich uns anschließen; nach der Eroberung unserer bürgerlichen und religiösen Freiheiten verlangen wir nun auch die Freiheit der Arbeit. Wir wünschen, daß die Arbeit frei, daß sie nicht länger mit jenen Fesseln belastet sei, welche sie verhindern, sich zu entwickeln und jene Resultate zu erreichen, die von ihr erwartet werden können. Frankreich ist reich, stark und weise genug, eine solche Emancipation zu bewerkstelligen, ohne besorgen zu müssen, daß es von ihr fortgerissen werde.“ Der Präsident schloß seine Rede mit der Anzeige, daß Subscriptionen eröffnet werden sollten, um die Erreichung der Zwecke der Freihandelsgesellschaft zu erstreben, und daß die in solcher Weise zusammengebrachten Gelder in einer Weise verwendet werden würden, die am geeignetsten wäre, die Grundsätze der Gesellschaft zu fördern.

Aus Furcht, sich durch gewisse Enthüllungen über die Verwaltung Algeriens compromittirt zu sehen, hat das Ministerium befohlen, die Papiere des Marschalls Valée (eines der früheren General-Statthalter Algeriens) zu versiegeln. Demgemäß begab sich gestern der Friedensrichter des 10ten Pariser Arrondissements in die Wohnung des Verstorbenen, um den ihm höheren Orts gewordenen Auftrag zu vollziehen.

Die Brotpreise bleiben auf gleicher Höhe; die Frucht-Speculanten verhindern durch ihre Manöver jedes Sinken der Preise, und die Zufuhren sind wegen des niedern Wasserstandes sehr spärlich. Die Gährung wegen der hohen Fruchtpreise nimmt vorzüglich in den Fabrikstädten und auf dem flachen Lande in bedenklicher Weise zu.

Soeben wird in der Kammer bekannt, daß Thiers, der den Constitutionel als Organ verloren, heute das Eigenthum des republikanischen Journals le National gekauft hat; er tritt offen an die Spitze des radicalen Blattes (Marrast bleibt Redacteur), Viele sagen sogar, an die Spitze der radicalen Partei.

Großbritannien.

London, 29. August. — Ihre königl. Hoheit die Frau Prinzessin von Preußen ist gestern Vormittag mit der verwittweten Königin vom Haag hier eingetroffen. Der preußische Gesandte, Herr Bunsen, und die Mitglieder der preußischen Gesandtschaft empfingen die hohen Reisenden bei ihrer Landung in Woolwich.

Die Times bemerken in ihrem Cityartikel, daß die Herabsetzung des Diskontos Seitens der Bankdirection dafür spreche, daß dieselbe Vertrauen auf den Geldmarkt habe und daß sobald nicht wieder eine Geldkrisis zu erwarten stehe.

Niederlande.

Haag, 27. August. — Der Nord-Brabander meldet, die römische Kurie habe beschlossen, daß Mgr. Graaf, apostolischer Vikar für Niederländisch-Indien, nicht mehr

---

*) Nach der Deutsch. Allg. Ztg. ward am 2. September mit Bestimmtheit noch der Weinkellner aus dem Hotel de Pologne vermißt, und man befürchtete, daß nicht nur er, sondern auch andere, zur Zeit unbekannte Personen durch plötzlich eingestürzte Wände oder Decken verschüttet und getödtet worden seien. Auch fürchtete man noch für das Leben von mehreren der nach dem Hospital gebrachten Verunglückten.

nach Batavia zurückkehren solle. Der heilige Stuhl habe sich zu dieser Konzession zur Aufrechthaltung des Friedens verstanden, er habe aber wohl gewisse Bedingungen damit verbunden, die bisher noch unbekannt seien.

Italien.

Rom, 22. Aug. (A. Z.) Vorgestern ist an alle Legaten und Delegaten in den Provinzen ein Rundschreiben ergangen, ein genaues Verzeichniß über alle Beamten, ihre Stellung, Dienstjahre, Gehalt, Fähigkeit u. s. w. an das Staatssecretariat einzusenden. — Obgleich bis jetzt noch keine Eisenbahn-Gesellschaft da ist, welche die Ausführung übernehmen kann, so streitet man sich bereits über die vortheilhaftesten Richtungen, wobei es an Geltendmachung individueller Eitelkeiten und kleinlicher Interessen nicht fehlt.

Nach der Allg. Zeit. soll die römische Regierung mit dem Plane einer Zinsreduction der 5-proz. Staatsschuld umgehen, und mit der franz. Regierung in Verbindung getreten sein, um einen großen Theil der Galeerensträflinge als Kolonisten unterzubringen.

Miscellen.

Köln, 28. August. — Vor unserm Assisenhofe wurde gestern ein interessanter Fälschungsprozeß verhandelt. Es galt eine Summe von 800,000 Thalern, zu welcher das Kapital mit den Zinsen angewachsen war und welche die Städte Bonn und Kempen, so wie Godesberg zu zahlen hatten. Der Angeklagte hat in zwei Instanzen seinen Prozeß gegen diese Städte gewonnen und erst bei der Verhandlung vor dem rheinischen Appellationshofe wurde die Fälschung entdeckt. Obgleich der Zeugenbeweis nicht ganz überführend, wurde der Fälscher zu acht Jahren Zuchthaus, in die Kosten u. s. w. verurtheilt, suchte aber sogleich Cassation nach. Tags vorher ward ein Bauer wegen einer Fälschung im Betrage von 27 Silbergroschen zu 5 Jahr Zuchthaus verurtheilt.

Am 26. August starb in Bremen an der Schwindsucht, erst 36 Jahr alt, Friedrich Wagenfeld, der Verfasser des falschen Sanchuniathon, welcher eine Zeitlang die Philologen und Freunde des Alterthums so sehr beschäftigte.

Aus der Neumark, 23. Aug. — Im Sternberger Kreise wurde jüngst ein Tagelöhner von seiner ihm erst seit 4 Monaten angetrauten Frau, und seinen Schwiegerältern des Versuchs, deren Haus, welches auch zugleich seine Wohnung war, in Brand zu stecken, angeklagt. Obgleich man bei ihm Pulver &c. fand, so ergab sich doch im zweiten Verhör, daß er durch seine Drohungen die Schwiegerältern nur habe zwingen wollen, ihr bei Verheirathung der Tochter gegebenes Versprechen (die Uebergabe der kleinen Wirthschaft) zu halten. Nichtsdestoweniger bleibt dieser Fall für den sittlichen Zustand der hiesigen Landbevölkerung sehr bezeichnend, weil eben die meisten Ehen in der leichtsinnigsten Weise geschlossen werden. Um eine auf sein Haus eingetragene Schuld abtragen zu können, zog der Vater mit seiner 17jährigen Tochter von Dorf zu Dorf; endlich hatte er das nöthige Geld mit dem Schwiegersohn gefunden. Das Geschäft nebst der Hochzeit wurde sofort vollzogen. Die Ehe als ein tief sittliches Institut wird ohne gegenseitige Kenntniß und ohne inneres Bedürfniß eingegangen. Bei der „unteren Classe“ entscheiden ein paar Thaler — tausende bei der „höheren“.

Brüssel, 29. August. — Nach acht Tage langen Sitzungen, zahllosen Verhören und stundenlangen Vorträgen der Staatsanwaltschaft und Vertheidiger, erreichte der vielbesprochene Staatsprozeß gegen die Eisenbahnbauer De Ridder und Borguet gestern Abend gegen 5 Uhr ein unerwartetes Ende. Beide Angeklagten sind völlig freigesprochen und sofort in Freiheit gesetzt worden!!! Ganz Belgien ist in Erstaunen. Ohne zu untersuchen, in wie weit gewisse unverkennbare Schonungen der HH. Nothomb und Delfosse ihren mächtigen Einfluß auf Gang und Resultat dieses Prozesses übten, begnügen wir uns mit der Anführung, daß die Geschworenen alle zwölf Anklagefragen verneinten. Diese zwölf Fragen lauteten im Wesentlichen wie folgt: 1) Hat der Angeklagte, Gustav De Ridder, von seinem Mitangeklagten, Heinrich Borguet, fünf Procent Benefiz von den Staatsbahnbauten im Betrage von vier Millionen Franken Baukosten (also 201,000 Franken), außer dem Cumptich-Tunnel, verlangt, ohne daß Borguet sie ihm geschuldet? 2) Verlangte De Ridder vom Ingenieur Borguet im Januar 1838 in Gent unter ähnlichem Vorwande fünfundzwanzig Bankbillets? 3) Wiederholte de Ridder eine ähnliche Forderung von 70,000 Fr. oder mindestens 63,000 Fr. im Anfang 1839 an Ingenieur Borguet? 4) Hat De Ridder die ad 1 bezeichneten fünf Procent empfangen? 5) Hat De Ridder die ad 2 erwähnten 25 Banknoten empfangen? 6) Hat De Ridder die ad 3 angeführten 70,000 oder 63,000 Fr. empfangen? 7) Hat De Ridder vom Ingenieur und Director der Staatsbahnen, Herrn John Cockerill, die Summen von 121,360 Fr. 82 Ct. und resp. 70,000 Fr. gefordert? (Die 8te, 9te und 10te Frage bezieht sich auf denselben Gegenstand.) 11) Mißbrauchte De Ridder seine Staatsstellung, um beim Bau des Cumptich-Tunnels von Borguet die Theilung einer Tantième von Eilf Procent zu fordern? 12) Hat Borguet diese Geschenke u. s. w. an De Ridder gemacht? Diese zwölf Fragen beantwortete die Jury mit Nein. Die Aufregung im Publikum ist unbeschreiblich.

Schlesischer Nouvellen-Courier.

Tagesgeschichte.

* Breslau, 2. Septbr. — Der Breslauer Verein gegen das Branntweintrinken hat als Einladung zu der am 6. Septbr. Nachmittags 4½ Uhr im Fürstensaale des Rathhauses stattfindenden Jahresfeier seinen zweiten Bericht ausgegeben. Nach demselben zählt der Verein jetzt 290 Mitglieder, nämlich 274 Männer, 15 Frauen und 1 Knaben unter 14 Jahren. Im verflossenen Vereinsjahre sind theils durch Rücknahme der Unterschrift, theils durch Nichterfüllung der übernommenen Verpflichtung, theils durch den Tod ausgetreten 30 Personen, die in der obigen Angabe nicht mehr mitzählen. Seine Einnahme beträgt 61 Rthlr. 9 Pf.; die Ausgabe excl. der Kosten des 2. Berichts 58 Rthlr. 12 Sgr. 6 Pf. — Denen, welche über das nur langsame Fortschreiten des Vereines sich wundern, ertheilt der Bericht den Bescheid (pg. 14 flgd.), daß die vielfach verbreitete Ansicht, als ob der Verein nur für Säufer und Trunkenbolde sei, das Wachsthum desselben bedeutend aufhalte, und daß jenes Vorurtheil allein zerstört werden könne, wenn sich nicht nur Prediger, sondern, wie anderwärts, auch Männer, die nicht-geistliche Aemter bekleiden und ein öffentliches Ansehen haben, dem Vereine anschließen. Wir wünschen, daß der Verein, welchem unser hochlöbl. Magistrat durch die Erlaubniß des Fürstensaals zu seinen monatlichen Versammlungen und durch einige andere Begünstigungen sein Wohlwollen zu erkennen gegeben hat, und dessen Wirksamkeit, wie aus dem Bericht wiederum erhellt, nicht ohne erfreuliche Folgen bleibt, sich mehr und mehr einer allgemeineren Aufmerksamkeit und Theilnahme zu erfreuen haben möge. Die in dem Bericht mitgetheilten Erfahrungen, das — besonders lesenswerthe — Bekenntniß eines Mitgliedes und die Beilage aus dem Militair-Wochenblatt: „der Branntwein als Verpflegungs-Material für den Soldaten,“ ein mit großer Sachkenntniß verfaßter Aufsatz, werden die kleine Broschüre von 37 Seiten auch für diejenigen interessant machen, die noch nicht mit dem Vereine in Verbindung stehen. Sie ist im Selbstverlage des Vereins erschienen und durch diesen, so wie durch die Buchhandlung Josef Max und Komp. für den geringen Preis von 1 Sgr. zu beziehen.

Schon glaubten wir, daß durch die Eröffnung der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn unsere Correspondenzen von Hamburg wenigstens ½ Tag früher zu erhalten, als wir gestern zu unserem Erstaunen Briefe von Hamburg einen halben Tag später wie bisher, nämlich anstatt des Morgens erst am Nachmittage, empfingen. Es wird Jedem unglaublich erscheinen, daß, nachdem die directe Verbindung der Eisenbahn nach Berlin eröffnet, Correspondenzen von Hamburg noch später ankommen sollen, als wie früher, wo noch Postverbindung war. Es wird uns schwierig, den Grund davon herauszufinden, und sind wir auf eine Grund-Angabe dieser so nachtheiligen Verspätung gespannt.

Wir ersuchen daher im Interesse der hiesigen Kaufmannschaft ein hochl. kgl. Ober-Post-Amt, gefälligst so rasch wie möglich nach der Ursache dieser Verzögerung forschen zu lassen und selbe zu beseitigen, da dieser Uebelstand nicht nur auf das tägliche Geschäft unangenehm einwirkt, sondern sogar auf das Getreidegeschäft höchst störend, da der den Getreidemarkt Besuchende ganz ohne Nachricht ist, wodurch fast täglich ein Mißverhältniß zwischen Käufern und Verkäufern entstehen würde. Hoffentlich wird daher diesem Uebelstande bald abgeholfen werden.

Mehrere Kaufleute.

Breslauer Getreidepreise vom 4. September.

	Beste Sorte:		Mittelsorte:		Geringe Sorte	
Weizen, weißer . .	82	Sgr.	76	Sgr	67½	Sgr.
Weizen, gelber . .	78	„	75	„	67	„
Roggen	75½	„	72½	„	69	„
Gerste	52	„	48	„	45	„
Hafer	30½	„	29	„	28	„
Raps	71	„	70½	„	70	„

Actien-Course.

Breslau, 4. September.

Oberschles. Litt. A. 4% p. C. 107 etw. bez. Prior. 100 Br.
dito Litt. B. 4% p. C. 100 Br.
Breslau-Schweidn.-Freiburger 4% abgest. 99⅓ – 98⅚ bez.
dito dito dito Prior. 100 Br.
Niederschl.-Märk. p. C. 92½ Gld.
dito Zweigb. (Glog.-Sag.) Zus.-Sch. p. C. 75 Br.
Wilhelmsbahn (Cosel-Oderberg) p. C. 77 Br.
Ost-Rheinische (Cöln.-Minden) Zus.-Sch. p. C. 92⅚ Gld.
Sächs.-Schl. (Dresd.-Görl.) Zus.-Sch. p. C. 99 Gld.
Neisse-Brieg Zus.-Sch. p. C. 73½ Br.
Krakau-Oberschles. Zus.-Sch. p. C. 77 Br.
Cassel-Lippstadt Zus.-Sch. p. C. 10% 90¼ Gld.
Friedrich-Wilh.-Nordbahn Zus.-Sch. p. C. 79⅚ u. ⅓ bez.
Magdeburg-Wittenberger Zus.-Sch. p. C. 92 Br.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 4. Septbr. — Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Gutsbesitzer Göllner zu Kleehof im Landkreise Königsberg den Charakter als Oekonomie-Rath zu verleihen; und den bisherigen außerordentlichen Professor Dr. F. Haase in Breslau zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der dortigen Universität zu ernennen.

Der Wirkliche Geheime Ober-Finanzrath und General-Director der Steuern, Kühne, ist von Helgoland hier angekommen.

Se. Excellenz der Geheime Staatsminister und Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Dr. Eichhorn; der evangelische Bischof und General-Superintendent der Provinz Pommern, Dr. Ritschl, ist nach Stettin; der evangelische Bischof und General-Superintendent der Provinz Posen, Dr. Freymark, nach Posen abgereist.

Dem Fabrikanten Kasp. Died. Piepenstock zu Iserlohn ist unter dem 30. August 1846 ein Patent „auf ein durch Beschreibung erläutertes Verfahren zur Anfertigung von Ringen, so weit dasselbe für neu und eigenthümlich erkannt worden,“ auf fünf Jahre von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Köln, 30. August. (D.-P.-A.-Z.) Die drei Kammergerichtsgeräthe von Berlin, die Geh. Räthe Ballhorn, v. Schrödter und Wentzel, welche hier waren, um sich persönlich nähere Kenntnisse von dem praktischen Gange unseres mündlichen Prozeßverfahrens zu verschaffen, haben uns wieder verlassen, nachdem sie mehrere Verhandlungen in den verschiedenen Instanzen und vor den Assisen beigewohnt hatten.

Halberstadt, 1. September. (Magd. Z.) Heut waren hier sechszig protestantische Geistliche der freien Richtung zu einer Besprechung versammelt; die Candidaten, welche sich eingefunden hatten, wurden auf ausdrücklichen höhern Befehl ersucht, die Gesellschaft zu verlassen. Man sagt, daß dieselbe Maßregel auch für die Versammlung in Gnadau gelte. Zwei Gegenstände wurden erörtert, zuerst das Verhältniß des biblischen und des spekulativen Rationalismus zu einander. Wie dieselben bisher schon in den Versammlungen der protestantischen Freunde beisammen gestanden hatten, so wurde hier nachgewiesen, daß sie bei offen ausgesprochener Verschiedenheit dennoch in Einigkeit fortwähren und bauen könnten und müßten. Darauf ward das zweite Verpflichtungsformular, welches die Berliner Synode aufgestellt hat, ins Auge gefaßt, und die Möglichkeit, bei freier Auffassung des Christenthums sich dasselbe anzueignen, ward vielfach bestritten, aber auch nachzuweisen versucht. Die Zeit, welche, wegen des abgehenden Bahnzuges, abzubrechen zwang, wird der nächsten auf Mittwoch nach Neujahr in Magdeburg festgesetzten Versammlung reichlicher zugemessen sein.

Stettin, 1. Septbr. — Hier ist eine Adresse folgenden Inhalts concipirt und bereits vielfach unterschrieben worden: „Deutsche Männer von Holstein! Verwandt mit Euch durch gemeinsames Deutsches Blut, Euch benachbart durch ein verbindendes, wenn auch von fremder Hand geschlossenes Meer, haben wir einen zwiefachen Grund, uns als Deutsche Eurer Deutschen Gesinnung, als treue Nachbarn Eures männlichen Herzens zu freuen. Haltet fest an Deutschland, unserem theuren Vaterlande, Ihr, die Ihr seine Wächter gegen Norden seid! Haltet fest an Eurem Rechte! Haltet fest, was auch bevorstehe. Wir unsererseits, Eure Brüder, hoffen zu Gott, daß er alle Stämme Deutscher Zunge, die Völker sowohl, wie deren Leiter, zu Eurer Hülfe dauernd vereinigen werde. Unsere Herzen, die Herzen aller Pommern, sind Euch gewiß!“

Karlsruhe, 28. August. (Mannh. Abdz.) Nach zwei geheimen Sitzungen wurde in der heutigen (64.) Sitzung die Berathung des von dem Abg. Welte erstatteten Berichts über die Concessions-Ertheilung zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Offenburg nach Constanz berathen. Die Diskussion war in der 57. Sitzung vom 17. August begonnen und in der 58. Sitzung fortgesetzt worden; sie wurde aber bis nach Erledigung der in geheimer Sitzung vorgelegten Concession an die schweizerische Nordbahngesellschaft für den Bau und Betrieb der Strecke von Waldshut nach Basel verschoben. Heute wurde das Gesetz einstimmig angenommen, mit einem von dem Abg. Bassermann vorgeschlagenen Zusatze zu Art. 1, welcher dahin geht: Die „Regierung wird ermächtigt, die Staatskasse, so weit nöthig, und bis zu einem Sechstel des Baukapitals bei dem Unternehmen zu betheiligen, auch auf die Zinsen zu verzichten, bis der Ertrag den übrigen Theilhabern eine Zinsrente von vier Procent gewährt.“ Auf Antrag des Abg. Rettig wurde weiter beigefügt, daß nach den Bestimmungen des Gesetzes auch die Concession für eine Zweigbahn zum Anschluß an die würtembergischen und bayerischen Bodenseebahnen bei Friedrichshafen und Lindau ertheilt werden dürfe. Auch wurde ein Antrag des Abg. Rettig beschlossen, daß unter den für die Kinzigthalbahn von Offenburg nach

Constanz geltenden Bestimmungen auch eine Zweigbahn zum Anschluß an die würtembergischen und bayerischen Bahnen bei Friedrichshafen und Lindau concessionirt werden dürfe.

Offenbach, 31. August. (Fr. J.) Heute Vormittag wurde der Grundstein der hiesigen deutsch-katholischen Kirche gelegt.

Hamburg, 1. Septbr. (Magd. Z.) Nun sind auch hier Adressen an die Holsteiner und Schleswiger im Gange, Flugschriften gehen von Hand zu Hand, und die Stimmung gegen Dänemark wird bitterer. Namentlich die Masse des Volks erinnert sich an die letzten Zeiten der Napoleonischen Herrschaft, in welcher die Dänen zu den Franzosen hielten; wie denn alter Groll zwischen Nachbarn immer am Bittersten zu sein pflegt. Ein Lied an Schleswig-Holstein, von Ruperti, in Musik gesetzt von Sympher, ist hier bei namhafter Strafe verboten worden, obwohl es mit hiesiger Censur erschien. Der dänische Resident reklamirte, weil in dem Liede gesagt wird, das deutsche Volk werde seinen Brüdern in Schleswig-Holstein mit Kanonen zu Hülfe kommen, wenn das Wort nicht ausreiche. Wie gewöhnlich kam das Verbot zu spät und das Lied ist in Aller Munde.

Oldenburg, 29. August. — Wir können aus zuverlässigster Quelle melden, daß nunmehr auch der Herzog von Augustenburg der hohen deutschen Bundesversammlung eine Rechtsverwahrung in Betreff des „offenen Briefes", welche sich ihrem Inhalte nach wesentlich dem Proteste unseres Großherzogs anschließt, eingereicht hat.

Von der Eider, 28. August. — Gestern schickte die Stadt Schleswig, wo der Prinz von Augustenburg, so lange er Statthalter und höchstcommandirender General war, auf dem Schlosse Gottorf residirte, eine Bürgerdeputation mit einer Adresse an denselben nach Noer. In der Adresse bezeugen ungefähr 500 Einwohner aus den verschiedenen Klassen ihm ihre Hochachtung, und bedauern seine Entlassung. Als die Deputation mit dem Prinzen von der nächsten schleswigschen Ständeversammlung sprach, äußerte er: „ob er selbst hingehe, könne er noch nicht sagen, sein Bruder, der Herzog, werde aber auf jeden Fall hingehen, und der werde eine Proposition auf Oeffentlichkeit der ständischen Verhandlungen stellen! Uebrigens müsse man auch eine Verfassung für Schleswig-Holstein verlangen, denn so könne es nicht mehr gehen."

† **Kiel,** 31. August. — Gestern begab sich eine Deputation der Stadt Kiel, bestehend aus dem Bürgermeister, einem Senator und zwei deputirten Bürgern nach Noer zum Prinzen von Augustenburg, dem verabschiedeten Statthalter der Herzogthümer, um ihm den Dank der Stadt für seine Amtsführung, wie deren Bedauern über seinen Abgang auszusprechen. Es soll dort eine düstere besorgliche Stimmung geherrscht haben. Hier sind die beunruhigendsten Gerüchte in Umlauf, seitdem sich bestätigt hat, daß der Amtmann von Neumünster, Graf Brockdorf, von seinem Amte entlassen ist, und daß der Advokat Beseler in Schleswig und der Dr. phil. Lorenzen in Kiel in Anklagestand versetzt sind. Heute Morgen ist dies dem Holsteinischen Obergericht in Glückstadt offiziell angezeigt, und hat selbiges bereits eine Untersuchungscommission, bestehend aus den Obergerichtsräthen Nickels und Francke, niedergesetzt. Es heißt nämlich, daß die Schleswig-Holsteinische Kanzelei in Kopenhagen ein Patent publiciren werde, wonach jeder Beamte, königliche oder Communal-Beamte, Justiz- oder Administrativbeamte ohne Weiteres von der Regierung seines Dienstes entlassen werden könne, und man behauptet, es sei bereits eine Liste von sechs und zwanzig Beamten angefertigt, auf welche dieses Patent angewendet werden solle. Man nennt unter ihnen den Appellationsrath Wiese, Präsident der holsteinischen Ständeversammlung, den Bürgermeister von Kiel, Dr. Balemann, den Polizeimeister von Kiel, Justizrath Wittrock, die Professoren Falck, Christiansen, Waitz, Ravit. Ferner sollen alle öffentlichen Versammlungen verboten werden, bisher waren es nur die zur Berathung über den offenen Brief und die Erbverhältnisse berufenen. Ob dies wahr ist, wird sich bald zeigen, da die früher auf den 7ten September in Elmshorn angesetzte Versammlung, jetzt zum 14. Septbr. in Nortorf, einem Dorfe zwischen Rendsburg und Neumünster beabsichtigt wird, und die Einladung zu derselben ja baldigst ergehen muß. Endlich spricht man viel und in gut unterrichteten Kreisen von einem Briefe des Kaisers von Rußland an den König von Dänemark, in dem derselbe erklärt: „er wolle auf seine Erbrechte auf Holstein zu Gunsten Dänemarks verzichten, hoffe auch den Großherzog von Oldenburg dazu zu bewegen, er erwarte aber, daß der König von Dänemark dann sofort dem revolutionairen Treiben in den Herzogthümern ein Ende mache." — Ein großer Theil der Holsteinischen Ritterschaft geht im nächsten Monat auf Reisen (mehrere werden die landwirthschaftliche Versammlung in Grätz besuchen), so daß das Hoflager des Königs in Ploen, zu dem sich sonst fast die ganze Ritterschaft, und nur diese vorzüglich, einzustellen pflegte, ziemlich verödet sein wird. Es ist nämlich jetzt entschieden, daß der König nach Ploen geht. Er verläßt am 7. Föhr, bleibt am 8. in Schleswig und begiebt sich am 9. oder 10. nach Ploen, von wo aus er das Lockstedter Lager besuchen will, wo in diesem Jahre der Holsteinische Bundescontingent von den Bundesgeneralen inspicirt werden soll, die sich dort überzeugen können, daß das Commando in einem Theil der Bundesarmee immer noch dänisch ist, obwohl der Bundestag, wie wiederholt versichert wird, deutsches Commando befohlen haben soll.

Kopenhagen, 29. Aug. — Nach langen Debatten hat die Stände-Versammlung einstimmig, mit 60 Stimmen, beschlossen, den König um Vorlegung eines Gesetzentwurfes an die nächste Stände-Versammlung zur Freigebung des färöischen Handels anzugehen; mit 30 gegen 21 Stimmen, daß dabei die Bemerkungen der Kommission von 1844 vom Könige in Erwägung genommen werden möchten. Mit 59 Stimmen gegen 1 verwarf sie das Amendement des Direktors Duntzfeld, wonach jener Handel, unter Bedingungen, nicht allein den Dänen, sondern auch fremden Nationen gestattet werden solle.

Paris, 30. August. — Die Deputirtenkammer hat noch gestern drei conservative Deputirte zu Vicepräsidenten ernannt; es sind die Herren Bignon, Lepeletier d'Aulnay und Hebert. Die Zahl der Votanten war 338; absolute Majorität 170; die drei genannten Deputirten erhielten 201, 183, und resp. 176 Stimmen; Herr Delessert hatte deren 129 und Herr Billault 116; morgen wird durch ein zweites Scrutinium bestimmt werden, wem die Function eines 4ten Vicepräsidenten zu Theil werden soll. — Am 1. September wird die Adreßcommission ernannt werden; dieselbe dürfte ihren Bericht schon nach 24 Stunden erstatten; die Adresse wird sonach am 4. September votirt werden können; es ist demnach wahrscheinlich, daß die Kammer gegen den 5ten oder 6. September auf die ersten Tage des Monats Januar prorogirt werden wird.

Gestern waren die Minister in den Tuilerien unterm Vorsitz des Königs im Conseil versammelt um über das Gnadengesuch Joseph Henry's einen Beschluß zu fassen; die Entscheidung wurde inzwischen ausgesetzt in Folge neuer Geständnisse des Verurtheilten, aus welcher hervorzugehen scheint, daß die bekannten Pistolen in der That nur mit Pulver geladen waren.

Es heißt, der Contre-Admiral Dupetit-Thouars (bei der taitischen Affaire desavouirt) werde zum Vice-Admiral und Hr. Bruat (gegenwärtiger Admiral auf Taiti) zum Contre-Admiral ernannt werden.

Madrid, 25. August. — Es heißt hier, die Dispensationsbulle des Papstes zur Genehmigung der Heirath der Königin mit ihrem Vetter, dem Infanten Francisco d'Assis, sei von Rom eingegangen. — Das Gerücht von Einberufung der Cortes zum 17. September erhielt sich.

Bern. — In der Sitzung vom 28. August wurden zum Präsidenten des Regierungsrathes im ersten Scrutinium mit 148 Stimmen Herr Alex. Funk gewählt; er wird also bis zum 1. Juni 1847 den Vorsitz führen und vom Neujahr ab Bundespräsident der schweizerischen Eidgenossenschaft sein. — Vom 29. August. Heute Morgen wurde definitiv zum Großrathspräsidenten gewählt: RR. Tillier, im zweiten Scrutinium mit 119 Stimmen; zum Vicepräsidenden Fürsprech Niggeler, im zweiten Scrut. mit 102 Stimmen. Darauf fand die Uebergabe der Staatsverwaltung statt.

Solothurn. — Die beiden zweiten Gesandten von Luzern und Solothurn, die HH. Müller und Schmid, haben sich auf Schluß der Tagsatzung Rendezvous auf Pistolen bestimmt.

Berlin, 3. Septbr. — Einige Eisenbahn-Actien wurden heute etwas höher bezahlt.

Berlin-Hamburg 4% p. C. 98½ bez.
Nieder-Schles. 4% p. C. 92½ zu machen.
Niederschl. Prior. 4% p. C. 93¼ Br.
Niederschl. Prior. 5% p. C. 100 Gld.
Nordbahn (K. F.) 4% p. C. 183 Gld.
Ob.-Schl. Litt. A. 4% p. C. 107½ Br.
Ob.-Schl. Litt. B. 4% p. C. 100 etw. bez.
Cassel-Lippst. 4% p. C. 90½ Br. ¼ Gld. 87¾ Br.
Cöln-Minden 4% p. C. 93⅛ bis ⅓ bez.
Mail.-Venedig 4% p. C. 115 Br.
Nordb. (Fr.-Wilh.) 4% p. C. 79⅞ u. 80 bez. u. Gld.
Sächs.-Schles 4% p. C. 98¾ Br. ½ Gld.
Ungar. Central 4% p. C. 91¼ Gld.

Bekanntmachung
wegen Ausreichung der eingereichten Staatsschuldscheine mit den Zins-Coupons Series X. Nr. 1 bis 8.

Die Controle der Staatspapiere zu Berlin hat die 4., 5., 6., 7. und 8. Sendung der von der hiesigen Regierungs-Hauptkasse eingereichten Staatsschuldscheine mit den Zins-Coupons Series X. No. 1 bis 8 für die Jahre 1847 bis einschließlich 1850 versehen zurückgesandt und es haben sich die Inhaber der Duplicats-Nachweisungen von Nr. 259 bis 523 incl. an den Tagen Mittwoch, Freitag und Sonnabend in dem Geschäftslokale der hiesigen königl. Regierungs-Hauptkasse in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr pünktlich einzufinden, und die ihnen gehörigen Staats-Schuldscheine, nebst Coupons gegen Zurückgabe des erwähnten, mit der unten bemerkten Empfangs-Bescheinigung versehenen Duplicats-Verzeichnisses bei dem Landrentmeister Labitzke in Empfang zu nehmen.

Jeder Präsentant des vorgedachten mit Quittungsbescheinigung versehenen Duplicats-Verzeichnisses wird für den Inhaber und zur Empfangnahme der Staats-Schuldscheine mit den beigefügten Coupons für legitimirt geachtet, und wird diese denselben unbedenklich ausgehändigt werden.

Auswärtige in unserem Verwaltungs-Bezirk wohnende Staatsgläubiger haben das ihnen zugefertigte Duplicats-Verzeichniß unter genauer Beobachtung der vorgeschriebenen Form ungesäumt an die hiesige königl. Regierungs-Hauptkasse unmittelbar unter dem Rubro: „Herrschaftliche Staatsschuldensachen" einzusenden, worauf die Staatsschuldscheine mit Coupons versehen unter portofreiem Rubro, sobald dies thunlich, an die Eigenthümer werden remittirt werden.

Breslau den 3. Septbr. 1846.

Königl. Regierung.

Bescheinigung.

..... (buchstäblich) Stück Staatsschuldscheine in dem summarischen Kapitals-Betrage mit ..... Reichsthalern (buchstäblich) sind nebst den beigefügten Coupons für die Jahre bis einschließlich Series No. bis von der königl. Regierungs-Hauptkasse zu Breslau an den unterzeichneten Einreicher richtig und vollständig zurückgegeben worden, welches hiermit quittirend bescheinigt wird.

N. N. den ten 184

N. N. (Namen und Stand.)

Inserate, welche am nächsten Tage in der Zeitung veröffentlicht werden sollen, können nur bis 12 Uhr Mittags angenommen werden.

Expedition der privilegirten Schlesischen Zeitung.

Mit einer Beilage.